

Werbung



05.12.2025 • 80

„düstere Aussicht“

Nationale Sicherheitsstrategie: USA warnen Europa vor „zivilisatorischer Auslöschung“

In ihrer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie warnt die US-Regierung Europa vor einer „zivilisatorischen Auslöschung“ und fordert die Rückkehr zu „europäischer Größe“, mehr nationalem Selbstbewusstsein und weniger bürokratischer Regulierung.



Jonas Aston

X @Jns_Astn



Die USA fordern von Europa das Wiederherstellen „europäischer Größe“ ein (IMAGO/Cover-Images)

Wie es amerikanische Tradition ist, veröffentlicht jede neue Regierung zu Beginn ihrer Amtszeit eine Nationale Sicherheitsstrategie – ein strategisches Programm, das

Budgetprioritäten und außenpolitische Leitlinien festlegt. Der größte Teil der neuen Sicherheitsstrategie befasst sich mit den zentralen Herausforderungen der Zeit: dem Kampf gegen Drogenhandel, unkontrollierte Migration und Chinas wachsende wirtschaftliche Dominanz in globalen Lieferketten.

Doch auch mit Europa beschäftigt man sich in einem Kapitel. Dabei kritisiert man insbesondere, wie die Europäer ihr Geld verwalten, ihre politische Führung wählen und immer wieder ineffiziente Strukturen beibehalten. Ziel Europas müsse es jedoch sein, „europäische Größe“ auf einen Kontinent zurückzubringen, der gegenwärtig von wirtschaftlicher Stagnation und der „düsteren Aussicht auf zivilisatorische Auslöschung“ geprägt sei.

Werbung

Auf drei Seiten wirbt die amerikanische Regierung zudem offen für „patriotische europäische Parteien“ und spart nicht an Kritik. Angesprochen werden „instabile Minderheitsregierungen“, „der Verlust nationaler Identitäten und des Selbstvertrauens“ sowie die Europäische Union. So heißt es in dem Dokument weiter: „Wir wollen, dass Europa europäisch bleibt, sein zivilisatorisches Selbstvertrauen zurückgewinnt und seinen gescheiterten Fokus auf regulatorische Erstickung aufgibt.“

Die Reaktionen aus Brüssel fielen erwartungsgemäß defensiv aus. Am Freitag weigerte sich die Europäische Kommission, näher auf die Strategie einzugehen. „Wir sind noch nicht in der Lage, uns zu irgendetwas davon zu äußern“, so die Chefsprecherin Paula Pinho gegenüber Reportern. Auf die Frage von *Euractiv*, ob die Kommission der Darstellung zustimme, die EU sei ein „transnationales Gremium, das politische Freiheit und Souveränität untergräbt“, entgegnete Pinho: „Absolut nicht.“

Teilen:   

[Zu den Kommentaren \(80\)](#) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) ▾

[→ Weiter zum Zahlen](#)

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden